

draft version (September 2009), bitte nicht zitieren!

Gottfried Schweiger

Solidarität und die moderne Arbeitswelt

Einleitung

Solidarität ist nach wie vor ein schillernder Begriff. Seine freizügige Verwendung zur Beschreibung einer Vielfalt von Handlungen und zur Artikulation unterschiedlicher Interessen, die sich durchaus auch widersprechen können, lässt ihn aber schwer bestimmbar und mitunter beliebig erscheinen. Dies wird besonders augenfällig, sieht man auf die gesellschaftlich-politischen Diskurse, die auf ihn rekurrieren, aber auch innerhalb der wissenschaftlichen Reflexion. Ein einheitlicher Begriff von Solidarität, der unmissverständlich seinen Bedeutungsgehalt wiedergibt, ist so trotz zahlreicher Versuche und gerade auch wegen seiner ungebrochenen Aktualität nicht in Sicht. Dies hat auch Auswirkungen auf die Frage nach einer solidarischen Gestaltung der Gesellschaft im Allgemeinen wie für die Arbeitswelt im Besonderen.

Der Ausgangspunkt für die hier vorgestellten Überlegungen ist somit ein schwieriger. Es gilt einerseits die Vielfalt und Mehrdeutigkeit von Solidarität zu reflektieren, dabei aber doch einen fundierten Sinn und Gehalt herauszuarbeiten. Dies wird die Aufgabe des ersten Abschnittes meines Beitrages sein. Gleichsam soll dabei die gesellschaftlich-politische Einbettung von Solidarität, die ihr ihre besondere Brisanz verleiht, reflektiert werden. Die Bedeutung, die Solidarität und solidarisches Handeln besonders für die Organisation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gespielt hat und noch immer spielt, ist dabei ebenso hervorzuheben wie auch ihre Ausweitung zu einem ethischen Leitprinzip gesellschaftlicher Ordnung. Die Einheit und Differenz partikulärer und allgemeiner Interessen, die dabei zum Ausdruck kommen, spiegelt dabei sowohl die hauptsächliche Schwierigkeit wider, die den *Wert* der Solidarität begleitet, als sie auch auf die Verfassung heutiger Gesellschaften überhaupt verweist. Nach diesen kurzen Überlegungen soll dann der Solidaritätsbegriff hinsichtlich seiner Anwendung im Diskurs um die moderne Arbeitswelt betrachtet werden. Diese ist nämlich durch mehrere Faktoren bestimmt, die für die Umsetzung von Solidarität problematisch sind. Einmal ist ein Niedergang traditioneller Formen der Organisation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also eine Krise der Ge-

werkschaften, festzustellen. Des Weiteren, so die hier vertretene These, unterminieren neue Formen der Organisation von Arbeit und Beschäftigung die Möglichkeiten einer solidarischen Ausgestaltung der Arbeitswelt sowohl auf individueller als auch struktureller Ebene. Begleitet wird dies durch einen politischen Diskurs, der zwar scheinbar immer wieder zu Solidarität aufruft, ihr aber doch zuwider läuft und damit ihren Gehalt aushöhlt. Vielmehr lässt sich der Schluss ziehen, dass dadurch eine Entsolidarisierung gefördert wird. In diesem Zusammenhang soll dann auch kurz auf das andere der modernen Arbeitswelt eingegangen werden: die Welt der Arbeitslosen. Sie stellt die Forderung nach Solidarität auf eine besondere Probe.

Nach wie vor stellt Solidarität einen Wert dar, den es innerhalb einer Gesellschaft zu verwirklichen gilt, will diese eine *menschliche* sein. Die Arbeitswelt bietet sich dafür, nicht nur wegen ihrer historisch gewachsenen Tradition hinsichtlich dieser Frage, im Besonderen an. Sie ist, so lange ein Ende der *Arbeitsgesellschaft*¹ nicht in Sicht ist, ein gewichtiger Prüfstein.

Kursorische Überlegungen zum Begriff der Solidarität

Seinen großen Aufschwung und damit auch seine Verallgemeinerung auf Politik, Gesellschaft und Moral, erlebte der Begriff der Solidarität Ende des 18. Jahrhunderts im Zuge der französischen Revolution.² Ursprünglich aus der Sphäre des Rechts stammend, wurde er zu einem politisch-moralischen Begriff umgeformt, der ganz allgemein gesprochen das Bestehen einer wechselseitigen Verpflichtung zwischen Individuum und Gesellschaft bezeichnet. Ausgedrückt etwa im „Manuel Républicain de l'homme et du citoyen“ von 1848: „Die Solidarität im Guten wie im Bösen ist ein Gesetz der Menschheit: Es ist keinem Menschen gegeben, es ist ihm nicht möglich, sich allein zu retten oder zu verlieren; kein Mensch ist allein wirklich gut,

1 Die *Arbeitsgesellschaft* soll hier bewusst auch im Sinne von Friedrich Kambartel verstanden werden, der diese definiert als eine solche „Gesellschaft, in de(r) soziale Anerkennung wesentlich an die Teilnahme an gesellschaftlicher Arbeit und an der Anerkennung, die diese genießt, gebunden ist.“ Friedrich Kambartel, Unterscheidungen und normative Bemerkungen zum Grundrecht auf Arbeit, in: Hermann Holzhüter u.a. (Hg.), Arbeit und Arbeitslosigkeit. Die gesellschaftliche Herausforderung unserer Zeit. Bremen 1997, 223–226, hier: 223.

2 Ich werde hier nicht näher auf die Entstehungsgeschichte des Solidaritätsbegriffes und den Zusammenhang mit dem ihm verwandten Begriff der „Brüderlichkeit“ eingehen. Vgl. hierzu: Andreas Wildt, Solidarität – Begriffsgeschichte und Definition heute, in: Kurt Bayertz (Hg.), Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt am Main 1998, 202–216 oder Hauke Brunkhorst, Solidarität. Von der Bürgerfreundschaft zur globalen Rechtsgenossenschaft. Frankfurt am Main 2002.

wirklich intelligent, während andere Menschen leiden.“³ Solidarität wurde so zur Begründung sozialer Reformen herangezogen, etwa der gerechten Verteilung des Eigentums oder der Abschaffung „der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in all ihrem Formen“⁴. Diese Forderungen weisen schon den weiteren Weg des Solidaritätsbegriffes als „Kampfbegriff der Arbeiterbewegung“ auf der einen Seite, auf der anderen Seite auch auf seine Fortschreibung im Rahmen der katholischen wie auch protestantischen Soziallehre.⁵ In ersterer wurde er dabei zur Bildung und Mobilisierung einer „Kampfgemeinschaft“ herangezogen, die sich gegen die Unterdrückung der Arbeiterinnen und Arbeiter im industriellen Kapitalismus wendete.⁶ Solidarität sollte, so die Arbeiterklasse, als „Klasse für sich“ im Marxschen Sinne formen.⁷ Der katholischen und protestantischen Soziallehre wiederum, die sich der Arbeiterfrage nicht gänzlich entziehen konnte und wollte, dabei aber doch auch die Differenzen zur Theorie Marxsens und seiner Nachfolgerinnen und Nachfolger hervorheben wollte, gilt sie vornehmlich „als normatives Eckdatum einer Ordnung der Wirtschaft, die dem Menschen und seinen Belangen Vorrang vor dem Maximierungsinteresse des Kapitals einräumt“⁸. Solidarität gründet dabei auf der sozialen Verpflichtung des Menschen als Glied der Gemeinschaft und ist dahingehend ein universeller Auftrag an alle Menschen. So konnte das Prinzip der Solida-

3 Charles Renouvier, *Manuel Républicain de l'homme et du citoyen*, Paris 1981, 145, zit. nach Rainer Zoll, *Was ist Solidarität heute?* Frankfurt am Main 2000, 34.

4 Ebd., 35.

5 Vgl. u.a. Jürgen Schmelter, *Solidarität. Die Entwicklungsgeschichte eines sozialetischen Schlüsselbegriffs*. Dissertation. München 1991; Karl H. Metz, *Solidarität und Geschichte. Institutionen und sozialer Begriff der Solidarität in Westeuropa im 19. Jahrhundert*, in: Kurt Bayertz (Hg.), *Solidarität. Begriff und Problem*. Frankfurt am Main 1998, 172–194; Markus Daniel Zürcher, *Solidarität, Anerkennung und Gemeinschaft. Zur Phänomenologie, Theorie und Kritik der Solidarität*. Tübingen 1998.

6 Vgl. Helga Grebing, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert*. Berlin 2007; Axel Kuhn, *Die deutsche Arbeiterbewegung*. Stuttgart 2007; Klaus Tenfelde, *Arbeiterschaft, Solidarität und Arbeiterbewegung. Kommentar zum Beitrag von Karl H. Metz*, in: Kurt Bayertz (Hg.), *Solidarität. Begriff und Problem*. Frankfurt am Main 1998, 195–201.

7 Marx selbst hat aber den Begriff der Solidarität selten verwendet und dann zumeist in der Bedeutung als internationale Solidarität: „Bürger, denken wir an jenes Grundprinzip der Internationale: die Solidarität. Nur wenn wir dieses lebensspendende Prinzip unter sämtlichen Arbeitern aller Länder auf sichere Grundlagen stellen, werden wir das große Endziel erreichen, das wir uns gesteckt haben. Die Umwälzung muss solidarisch sein, das lehrt uns das große Beispiel der Pariser Kommune, die deswegen gefallen ist, weil es in allen Zentren, in Berlin, in Madrid etc. zu keinerlei großen revolutionären Bewegungen gekommen war, die dieser machtvollen Erhebung des Pariser Proletariats ebenbürtig wären.“ Karl Marx, *Rede auf dem Haager Kongress der Internationalen*, in: ders./Friedrich Engels, *Werke*, Band 18. Berlin 1958ff., 161.

8 Konrad Hilpert, *Solidarität*, in: Peter Eicher (Hg.), *Neues Handbuch theologischer Grundbegriffe*, Band 4. München 2005, 152–160, hier: 156.

rität schließlich auch auf die Frage internationaler Beziehungen und die Weltwirtschaftsordnung ausgedehnt werden.⁹

Was nun den *normativen Gehalt* von Solidarität betrifft, kann man aus der Geschichte zwar einige Hinweise gewinnen, doch keine fest umrissene Bestimmung.¹⁰ Besonders die Frage nach dem Verhältnis von Solidarität zu anderen Werten und Normen, wie etwa Gerechtigkeit und Freiheit, ist dabei fraglich. Auch ist der Bezugspunkt von Solidarität strittig. Kurt Bayertz hat dahingehend zwei Haupttypen von Solidarität unterschieden, die hier zur Orientierung herangezogen werden sollen: „Kampf-Solidarität“ und „Gemeinschafts-Solidarität“. Während erstere als „die Bereitschaft eines Individuums oder einer Gruppe definiert werden [kann], einem anderen Individuum oder einer anderen Gruppe bei der Durchsetzung seiner oder ihrer Rechte zu helfen“, sollte die „Gemeinschafts-Solidarität“ „als Inbegriff der wechselseitigen Bindungen und Verpflichtungen bestimmt werden, die zwischen einer Gruppe von Menschen bestehen“¹¹. Worin das Gemeinsame der Menschen in dieser Gruppe besteht, was sie also zu einer *Gemeinschaft* macht, lässt Bayertz dabei offen. Damit erwächst mitunter die Schwierigkeit, Solidarität mit anderen Werten in Einklang zu bringen, die universell einzufordern sind und nicht auf einer solchen Verbundenheit, also Gemeinschaftlichkeit, beruhen. Solidarität gerät als „Gemeinschafts-Solidarität“ nicht selten in Konflikt mit den Werten der Gerechtigkeit, Gleichheit oder auch Freiheit. Sie ist parteiisch. Doch bleibt es andererseits, also bei Solidarität als „Kampf-Solidarität“, fraglich, worauf die Bereitschaft gründet, andere Menschen bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen. Richard Rorty hat dieses Problem so formuliert:

Unser Solidaritätsgefühl [ist] am stärksten [...], wenn die, mit denen wir uns solidarisch erklären, „zu uns“ gehören und „wir“ etwas enger Begrenztes als die Menschenrasse ist. Das kommt daher, dass die Begrün-

9 „Solidarität wird von der katholischen Soziallehre nicht nur in Gruppen und Organisationen gefordert, sondern stellt auf der Ebene internationaler Beziehungen zwischen den Staaten eine entscheidende Voraussetzung für Frieden dar.“ Edeltraut Buchberger/Walter Suk (Hg.), *Solidarisch leben. Kleines Soziallexikon*. Linz 1988, 180; Vgl. Gottfried Schweiger/ Clemens Sedmak (Hg.), *Auf dem Weg zu größerer Menschlichkeit. Zum 40. Jahrestag von Populorum Progressio*. Innsbruck 2008.

10 Siehe etwa die Aufzählungen der verschiedenen Verständnisweisen bei Rainer Zoll, *Was ist Solidarität heute?* oder die unterschiedlichen Ansätze im instruktiven Band von Kurt Bayertz (Hg.), *Solidarität. Begriff und Problem*. Frankfurt am Main 1998.

11 Kurt Bayertz, *Begriff und Problem der Solidarität*, in: ders. (Hg.), *Solidarität. Begriff und Problem*. Frankfurt am Main 1998, 11–53, hier: 49. Ähnlich der „Gemeinschafts-Solidarität“ definiert Gunter Zimmermann Solidarität im Allgemeinen als „Zusammengehörigkeitsgefühl, ein Bewusstsein von Gemeinsamkeit zwischen Individuen oder Gruppen, das aus sehr unterschiedlichen Gründen entsteht bzw. existiert und aktualisiert wird.“ Gunter E. Zimmermann, *Solidarität*, in: Bernhard Schäfers (Hg.), *Grundbegriffe der Soziologie*. Opladen 2003, 305–308, hier: 305.

„weil sie ein Mensch ist“ eine schwache, nicht überzeugende Erklärung für eine großzügige Handlung liefert.¹²

Hier ist es nun wiederum fraglich, ob die Unterstützung bei der Durchsetzung (fundamentaler) Rechte anderer überhaupt als „großzügig“ bezeichnet werden sollte oder dies nicht vielmehr eine moralische Verpflichtung darstellt. Moralische Verpflichtungen sollten nun nicht auf Gefühlen, Gemeinschaft oder (geteilten) Interessen beruhen und auch nicht auf einen bestimmten Empfängerkreis eingeschränkt werden.¹³ Damit würde der Solidarität aber, so die Meinung einiger,¹⁴ ihr eigenständiger Sinn genommen, der doch um die Begriffe von Hilfsbereitschaft, (Mit-)Gefühl, Gemeinschaft, geteilte Interessen etc. zu konstruieren wäre, die auf anderes als universelle moralische Werte und Rechte verweisen.¹⁵

Legitime Solidarität als moralische Verpflichtung

Diese Schwierigkeiten kreisen um die Frage der Legitimität von Solidarität. Diese kann für die „Kampf-Solidarität“ beansprucht werden, aber nicht immer für die „Gemeinschafts-Solidarität“. Soll Solidarität aber als moralphilosophischer Begriff, also als Wert, verstanden werden, muss an der Legitimität solidarischen Handelns festgehalten werden. Dies wird auch am Beispiel der Menschenrechte einsichtig. Stefan Gosepath hat zur Universalität der Menschenrechte festgehalten: „Menschenrechte gelten qua Mitgliedschaft in der Menschengemeinschaft, eine Mitgliedschaft, die keinem Menschen mit guten Gründen verweigert werden kann.“¹⁶ Aus dieser Universalität der Menschenrechte folgt nicht nur, dass sie keinem Menschen vorenthalten werden dürfen, sondern auch die moralische Verpflichtung an alle Menschen, diese „zu achten und sich entsprechend zu verhalten“¹⁷. In-

12 Richard Rorty, *Kontingenz, Ironie und Solidarität*. Frankfurt am Main 1991, 308.

13 Vgl. etwa Ernst Tugendhat, *Vorlesungen über Ethik*. Frankfurt am Main 1993.

14 Vgl. etwa die Solidaritätsdefinitionen von Andreas Wildt, *Solidarität – Begriffsgeschichte und Definition heute*; Zimmermann, *Solidarität*; Zürcher, *Solidarität, Anerkennung und Gemeinschaft* oder auch bei Paul M. Zulehner/ Hermann Denz/ Anton Pelinka/ Emmerich Tálos (Hg.), *Solidarität. Option für die Modernisierungsverlierer*. Innsbruck 1996.

15 Jürgen Habermas bezeichnet Solidarität so auch überhaupt als „das Andere der Gerechtigkeit“. Jürgen Habermas, *Gerechtigkeit und Solidarität. Eine Stellungnahme zur Diskussion über „Stufe 6“*, in: Wolfgang Edelstein/ Gertrud Nunner-Winkler (Hg.), *Zur Bestimmung der Moral. Philosophische und sozialwissenschaftliche Beiträge zur Moralforschung*. Frankfurt am Main 1986, 291–318.

16 Stefan Gosepath, *Zur Begründung sozialer Menschenrechte*, in: Georg Lohmann/ ders. (Hg.), *Philosophie der Menschenrechte*. Frankfurt am Main 1998, 146–187, hier: 149.

17 Ebd., 150. Weiters auf Seite 155: „Diese Pflicht zur Hilfe für andere in Not richtet sich an alle als Mitglieder der moralischen Gemeinschaft der Menschen und fordert von

soweit kann Solidarität als „Kampf-Solidarität“ oder legitime Solidarität, als notwendige Folgerung der Universalität der Menschenrechte wie auch aller anderen moralischen Rechte begriffen werden: Wo diese verletzt werden, besteht die moralische Verpflichtung die Durchsetzung derselben zu unterstützen – für sie zu „kämpfen“.

Gosepath spricht hier auch zu Recht von einer *Gemeinschaft*, der „Menschengemeinschaft“, und nicht bloß von einer Gruppe. Gerade aus dieser Gemeinschaftlichkeit, die hier nicht anthropologisch, sondern über das moralische Prinzip der Rechtfertigung gebildet und fundiert wird, folgt die Universalität der Menschenrechte und die daraus erwachsenden Ansprüche und Pflichten. Das heißt nun aber nicht, dass legitime Solidarität nicht mit partikularen Interessen (von Gemeinschaften) zusammenfallen kann. So beruhte in der Geschichte der Arbeiterbewegung der Kampf für die Durchsetzung der Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter, die darauf folgende Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung und die Ausbildung der wohlfahrtsstaatlichen Regime zuerst einmal auf deren partikulären Interessen gegenüber den Interessen der Bourgeoisie. Und diese partikulären Interessen der Arbeiterschaft begründeten auch ihr Selbstverständnis als eine Gemeinschaft. Doch waren diese Interessen dabei gegründet auf universale Ansprüche und Rechte. Ihr Kampf führte schließlich zur Ausbildung von Institutionen, die diese Rechte gewähren und schützen. Dies entspricht auch der Marx'schen Schlussfolgerung, dass die Durchsetzung der partikularen Interessen der Arbeiterbewegung, gleichsam die Durchsetzung der allgemeinen Interessen der Menschheit ist.¹⁸ Ohne auf die komplizierte geschichtsphilosophische Einbettung dieser Marx'schen Überlegungen einzugehen,¹⁹ kann doch festgehalten werden, dass legitime Solidarität – hier treffen sich auch wieder Marx und die katholische Soziallehre – sich zwar mitunter auf partikuläre Interessen und bestimmte Gemeinschaften bezieht und sich um diese bildet, doch sollte nur dann von legitimer Solidarität gesprochen werden, wenn diese partikulären Interessen auf universale Ansprüche und Rechte rückführbar sind – wenn solidarische Handeln zur Durchsetzung universaler Rechte für die betroffenen Individuen oder Gruppen beiträgt.

ihnen in ihrer Rolle als ‚Weltbürger‘, Institutionen zu schaffen, die effektiv garantieren, daß solche Rechtsverletzungen unterbunden werden.“

- 18 Mit gehörigem Pathos ausgedrückt etwa von Georg Lukács: „Jene Solidarität, die von den größten Denkern der Bourgeoisie als unerreichbares Ideal der Gesellschaft propagiert worden war, ist als Wirklichkeit im Klassenbewußtsein, in der Klasseninteressen des Proletariats lebendig vorhanden. Die weltgeschichtliche Berufung des Proletariats offenbart sich eben darin, daß die Erfüllung seiner Klasseninteressen die gesellschaftliche Erlösung der Menschheit mit sich bringt.“ Georg Lukács, *Die Rolle der Moral in der kommunistischen Produktion*, in: ders., *Werke*, Band 2: *Frühschriften II: Geschichte und Klassenbewusstsein*. Neuwied und Berlin 1968, 90–94, hier: 91.

- 19 Vgl. u.a. Reinhart Kößler/ Hannes Wienold, *Gesellschaft bei Marx*. Münster 2001.

Nicht jedes Handeln aus geteilten Interessen oder Überzeugungen heraus ist legitim, und daraus folgt auch, dass Solidarität sinnvollerweise auf legitime Solidarität beschränkt werden sollte. Doch ist damit nicht eine Überforderung und Überdehnung des Solidaritätsbegriffes gegeben? Um diese Frage zu beantworten, ist es hilfreich, diese nach zwei Seiten hin aufzurollen. Solidarität erfordert nach dem hier dargelegten Verständnis keine Gemeinschaft und ist auch nicht als Benevolenz zu verstehen. Das betrifft ihren allgemeinen normativen Kerngehalt als moralische Verpflichtung. Doch ist sie weiterhin, wie alle moralischen Forderungen, leichter zu erfüllen, wenn sie mit den Interessen der Menschen zusammenfällt. Daher sollte man die Unterscheidung zwischen der Bestimmung und Begründung von Solidarität als moralischer Verpflichtung und der Form ihrer Organisation nicht verwischen. Wie auch die Frage nach der Motivation zu solidarischem Handeln. Dass sich Solidarität eher einstellt und sich auch leichter organisieren lässt, wenn es gemeinschaftliche Motive gibt, ändert nichts daran, dass sie auch ohne solche einzufordern wäre. Das heißt, dass Solidarität in diesem Sinne allgemeine moralische Überlegungen und Werte keineswegs suspendiert, sondern diese vielmehr fördert und fordert.

Solidarität und soziale Rechte – Die Frage nach dem Wohlfahrtsstaat

Wird Solidarität somit definiert als die moralische Verpflichtung, anderen bei der Durchsetzung ihrer fundamentalen Rechte zu unterstützen, dann ist diese zu einem allgemeinen moralischen Wert und Prinzip erhoben. Doch stellt sich die Frage, welche Rechte hierunter zu verstehen sind, und auch, wie Solidarität innerhalb der Gesellschaft organisiert werden sollte. Dies soll hier nur in Bezug auf die Frage sozialer Rechte, die wiederum zu jener nach dem Wohlfahrtsstaat führt, diskutiert werden.²⁰ Ich gehe davon aus, dass grundlegende soziale Rechte als Teil der Menschenrechte, aus denen sie auch deduziert werden können, für jeden Menschen einzufordern sind und sich hieraus auch die wohlfahrtsstaatliche Institutionalisierung dieser Rechte herleiten lässt.²¹ Dies meint das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit. Man kann dieses als Forderung verstehen, „grundlegende“ Rechte und Güter allen Menschen zuzugestehen. „Welche Güter bzw. Rechte in einer Gesellschaft grundlegend sind“, so Peter Koller, „hängt zum einen von der gleichbleibenden Natur der Menschen ab, wie etwa von deren Grundbedürfnissen, zum anderen aber auch von historisch variablen Faktoren, so vor

20 Das heißt auch, dass ich die Frage nach der Verpflichtung zu solidarischem Handeln in Bezug auf Umweltkatastrophen hier nicht diskutieren kann.

21 Vgl. Gosepath, Zur Begründung sozialer Menschenrechte.

allem vom Niveau der gesellschaftlichen Entwicklung.“²² Entscheidend ist hierbei, dass sich soziale Gerechtigkeit eben auch am erreichten Wohlstand der Gesellschaft, ihrer Produktivität, orientiert und nicht nur auf Minimalforderungen eines „menschenswürdigen Lebens“ reduzierbar ist.²³ Welche Rechte und Güter nun gewährt bzw. verteilt werden müssen, kann hier nicht im Einzelnen diskutiert werden. Mit Peter Koller und Stefan Gosepath lassen sich diese aber in vier wesentliche Kategorien einteilen: (1) bürgerliche Freiheiten, (2) politische Partizipationsmöglichkeiten, (3) soziale Positionen und Chancen und (4) wirtschaftlicher Profit.²⁴ Der Wohlfahrtsstaat hat daher auch die gerechte Verteilung dieses Wohlstandes zur Aufgabe und damit, unter kapitalistischen Verhältnissen, auch die Aufgabe der Umverteilung. Aufgabe des Wohlfahrtsstaates ist somit auch die Bereitstellung der Voraussetzung für ein gutes Leben.

Gewendet auf den oben dargelegten Solidaritätsbegriff wird die Durchsetzung solcher sozialer (Menschen-)Rechte und die Verteilung der damit verbundenen Güter, nicht durch Solidarität selbst begründet, sondern Solidarität ist dort geboten, wo diese nicht durchgesetzt bzw. verteilt werden. Dies ist ein wesentlicher Unterschied, da Solidarität eben nicht selbst den Wohlfahrtsstaat begründet, sondern ein Mittel zu seiner Schaffung bzw. Sicherung ist. Wolfgang Kersting ist dahingehend recht zu geben, dass es

ein beträchtlicher Unterschied [ist], ob die staatlichen Transferleistungen bedürftigkeitsorientierte Reaktionen sind oder der programmatischen Aufgabe der Gerechtigkeitsherstellung dienen, ob sie auf okkasionelle Versorgungsdefizite reagieren oder auf die Herbeiführung einer egalitären Versorgungsstruktur gerichtet sind, ob sie sich bürgerlicher Anteilnahme verdanken oder Individuen zuteil werden lassen, was ihnen aufgrund moralischer, vorpolitischer Gleichheit zukommen soll.²⁵

Solidarität ist dort gefordert, wo Ungerechtigkeit herrscht, und zwar nicht nur dahingehend, diese kurzfristig auszugleichen, „eine gute Tat zu tun“, sondern nachhaltig diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. So kann auch for-

22 Peter Koller, Soziale Gerechtigkeit, Wirtschaftsordnung und Sozialstaat, in: Wolfgang Kersting (Hg.), Politische Philosophie des Sozialstaates. Weilerswist 2000, 120–158, hier: 127. Vgl. Henry Shue, Basic Rights. Princeton 1980.

23 Vgl. Tugendhat, Vorlesungen über Ethik 363, der davon ausgeht „daß die Verhältnisse, in denen ein Mensch lebt, genau dann menschenwürdig sind, wenn sie die Minimalbedingungen erfüllen, daß er seine Rechte wahrnehmen kann und in diesem Sinn eine spezifisch ‚menschliche‘, ‚menschenswürdige‘ Existenz führt.“

24 Gosepath, Zur Begründung sozialer Menschenrechte, 176. Koller differenziert dasjenige, was Gosepath als „bürgerliche Freiheiten“ fasst, noch einmal in „allgemeine Rechte“ und individuelle Freiheiten“. Vgl. Koller, Soziale Gerechtigkeit, Wirtschaftsordnung und Sozialstaat, 127.

25 Wolfgang Kersting, Einleitung. Probleme der politischen Philosophie des Sozialstaates, in: ders. (Hg.), Politische Philosophie des Sozialstaates. Weilerswist 2000, 17–94, hier: 50f.

muliert werden, dass es letztlich Ziel der Solidarität ist, sich selbst überflüssig zu machen. Sie ist stetes Gegengewicht zu herrschenden Ungerechtigkeiten, die sich in einer antagonistisch verfassten Gesellschaft Bahn brechen und dient nicht zur Erzeugung der Chimäre einer vermeintlichen Solidargemeinschaft, in der Ungerechtigkeiten verdeckt werden, durch den bloßen Appell. Schon Marx und Engels kritisierten eine solche Verwendungsweise als „gemütliche Abstraktion von Klassegegensätzen“²⁶.

Bedingungen von Solidarität in der modernen Arbeitswelt

Solidarität bedarf zu ihrer Umsetzung, der Erfüllung, zweier Bedingungen. Einmal ist die Einsicht in das Vorliegen von Ungerechtigkeit notwendig und zweitens die Möglichkeit zu entsprechendem Handeln. Während die epistemische Komponente einmal auf die Ausarbeitung und Plausibilisierung moralphilosophischer Konzepte verweist, die dann weiters vermittelt werden müssen, betrifft die zweite Komponente, die Schaffung und Sicherung von Handlungsspielräumen und die Erweiterung derselben durch Institutionalisierung. Beide werden heute, besonders, was die Frage sozialer Rechte betrifft, unterminiert, was letztlich zur Aushöhlung des Wohlfahrtsstaates führt. Dies soll im Folgenden am Beispiel der modernen Arbeitswelt diskutiert werden. Die Schlagwörter zur Beschreibung der Lage der modernen Arbeitswelt finden sich dabei in der Debatte: Flexibilisierung, Subjektivierung, Atypisierung, Prekarisierung etc.²⁷ Hier kann nur dargestellt werden, warum die mit diesen Schlagworten beschriebenen Veränderungen der Arbeitswelt Solidarität nicht nur nicht fördern, sondern vielmehr diesem Ziel entgegenlaufen. Dabei ist diese These auf zwei Ebenen zu prüfen: einmal auf individueller Ebene, also auf Ebene der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die unter solch veränderten Bedingungen arbeiten. Und auch auf struktureller Ebene, also auf der Ebene der Organisation von Solidarität innerhalb der Arbeitswelt. Dass hierbei die Lage der Gewerkschaften ebenso eine Rolle spielt, ist offensichtlich. Weiters ist davon auszugehen, dass diese Begünstigung der Entsolidarisierung auch außerhalb der Arbeitswelt ihren Niederschlag findet. Hier könnten mehrere Problemfelder genannt werden, die sich durchaus überschneiden: der Umgang mit

26 Karl Marx/ Friedrich Engels, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: dies., Werke, Band 7. Berlin 1958ff., 21.

27 Vgl. u.a. Gottfried Schweiger, Mehr arbeiten, mehr lernen, mehr besitzen, um mehr zu gelten. Leben in der Arbeitsgesellschaft, in: ders./ Clemens Sedmak (Hg.), Auf dem Weg zu größerer Menschlichkeit. Zum 40. Jahrestag von Populorum Progressio, Innsbruck 2008, 157–180; Schweiger, Gottfried, Arbeit im Strukturwandel, in: Böhler, Thomas/ Neumaier, Otto/ ders./ Sedmak, Clemens, Menschenwürdiges Arbeiten; eine Herausforderung für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft. Wiesbaden 2009, 39–72.

Migranten und Asylwerbern, alten Menschen, Behinderten, Arbeitslosen etc. Mit ihnen solidarisch zu sein, ist in Zeiten der Unsicherheit und Angst um den eigenen Arbeitsplatz umso schwieriger. Daran hat auch der gegenwärtige gesellschafts-politische Diskurs seinen Anteil, der die Ursachen für die Krisen am Arbeitsmarkt und des Wohlfahrtsstaates mehr verschleiert, als er die Menschen darüber aufklärt.

Wandel der Organisation von Arbeit

Der Wandel, den die Arbeitswelt in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat, kann als teilweise Ablösung des tayloristischen Organisationsprinzips durch Dezentralisierung und Vermarktlichung beschrieben werden.

Die aktuellen Reorganisationsstrategien haben zwei Stoßrichtungen bzw. Ebenen, die meist als ein und derselbe Prozeß betrachtet werden: organisatorische und ökonomische Dezentralisierung bzw. kooperative Vernetzung und Vermarktlichung. Beide besitzen jedoch relative Eigenständigkeit und können daher in neuer, komplementärer Weise verbunden werden (Kooperation etwa, um die desintegrierenden Effekte marktlicher Koordination zu kompensieren); sie können ebenso gut konfligieren.²⁸

Dies führt zu einer zunehmenden Entgrenzung und Subjektivierung von Arbeit,²⁹ welche sowohl als Erweiterung der Handlungsspielräume, mithin „Humanisierung“ der Arbeit“ verstanden werden kann, dabei aber auch neue Formen der Herrschaft, „Kontrolle durch Autonomie“³⁰, erzeugt. Maria Funder spricht dahingehend von „Paradoxien der Reorganisation“:

Bei den neuen Konzepten der Reorganisation geht es im Unterschied zu früheren Konzepten nicht mehr um ein „Entweder-Oder“ [...]. Vielmehr ist für die neuen Arbeits- und Organisationskonzepte eine

28 Manfred Moldaschl, Internalisierung des Marktes. Neue Unternehmensstrategien und qualifizierte Angestellte, in: ISF/ INIFES/ IFS/ SOFI (Hg.), Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung 1997. Schwerpunkt: Moderne Dienstleistungswelten, 1998, 197–250, hier: 199; vgl. Manfred Moldaschl/ Dieter Sauer, Internalisierung des Marktes. Zur neuen Dialektik von Kooperation und Herrschaft, in: Heiner Minssen (Hg.), Begrenzte Entgrenzungen. Berlin 2000, 205–224.

29 Vgl. u.a. Arbeitsgruppe SuArO (Hg.), Ökonomie der Subjektivität – Subjektivität der Ökonomie. Berlin 2005; Karin Gottschall/ G. Günter Voß (Hg.), Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag. München/Mering 2005; Heiner Minssen (Hg.), Begrenzte Entgrenzungen. Wandlungen von Organisation und Arbeit. Berlin 2000.

30 Dieter Sauer/ Volker Döhl, Kontrolle durch Autonomie. Zum Formwandel von Herrschaft bei unternehmensübergreifender Rationalisierung, in: Jörg Sydow/ Arnold Windeler (Hg.), Management interorganisationeller Beziehungen. Opladen 1994, 258–274.

bislang als unvereinbar angesehen Kombination gegensätzlicher Elemente typisch: Abhängigkeit und Autonomie; Vertrauen und Kontrolle, Selbstorganisation und Zentralisation; Arbeitsteilung und Spezialisierung.³¹

Begleitet wird dieser Wandel der Organisation von Arbeit von Entstandardisierung, Deregulierung und Flexibilisierung, mit dem Ergebnis einer Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse, die für die Betroffenen oftmals mit Prekarisierung einhergeht.

Damit sind zwei Seiten angesprochen: einmal findet eine Aushöhlung und Zurückschraubung bereits erreichter Errungenschaften und Rechte statt, so in Bezug auf Arbeitszeitregelungen, den Kündigungsschutz oder die gesicherte Versorgung im Alter.³² Das sogenannte „Normalarbeitsverhältnis“, an welchem sich auch die wohlfahrtstaatliche Versorgung orientiert, droht zu verschwinden.³³ Auf der anderen Seite erzeugen diese neuen Organisations- und Beschäftigungsformen zunehmend Druck und Leid für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die unter diesen Bedingungen arbeiten müssen, sowie auch für deren Angehörige. „Die Subjektivierung von Arbeit trägt dazu bei, das Subjekt in einer Weise zu rationalisieren, die es beschädigt und Leid hervorruft, das gleichzeitig vom Bewusstsein abgehalten wird.“³⁴ Nick Kratzer hat auf die damit einhergehende Widersprüchlichkeit hingewiesen:

Wie soll man die Aussagen von Befragten interpretieren, die einerseits von wachsendem Leid und Druck, von Schwierigkeit gleichermaßen befriedigender Arbeits- wie Lebensführung, vom permanenten Aufschub eigener Wünsche an „gute Arbeit“ bis nach Ende des Projekts, des Jahresabschlusses, der Restrukturierung etc. berichten, andererseits genauso aber auch von „Spaß“, Befriedigung, neuen Optionen, steigenden Entwicklungschancen.³⁵

Die Schwierigkeiten geregelter Lebensführung und auch der Vereinbarkeit von Job und Familie nehmen ebenso zu wie psychische Erkrankungen. Als

31 Maria Funder, *Paradoxien der Reorganisation*. München/Mering 1999, 19f.

32 Vgl. u.a. Berndt Keller/ Hartmut Seifert (Hg.), *Atypische Beschäftigung – Flexibilisierung und soziale Risiken*, Berlin 2007; Manfred Sydlík (Hg.), *Flexibilisierung. Folgen für Arbeit und Familie*. Wiesbaden 2008.

33 Vgl. etwa Ulrich Mückenberger, *Normalarbeitsverhältnis: Lohnarbeit als normativer Horizont sozialer Sicherheit*, in: Christoph Sachße/ H. Tristram Engelhardt (Hg.), *Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates*. Frankfurt am Main 1990, 158–178.

34 Lutz Eichler, *Seelenlose Unternehmer ihrer Selbst? Über die psychische Auswirkung subjektiver Arbeit*, in: Arbeitsgruppe SuArO (Hg.), *Ökonomie der Subjektivität – Subjektivität der Ökonomie*. Berlin 2005, 203–225, hier: 223.

35 Nick Kratzer, *Arbeitskraft in Entgrenzung. Grenzenlose Anforderungen, erweiterte Spielräume, begrenzte Ressourcen*. Berlin 2003, 245f.

ein Beispiel sei hier nur die spezifische Form der Entgrenzung von Arbeit, die sich als Arbeitssucht ausdrückt, erwähnt.³⁶

Es lässt sich daraus für die Frage nach der Solidarität meines Erachtens zweierlei gewinnen: Auf der einen Seite erscheint es notwendig, den Auswüchsen der Subjektivierung, Entgrenzung, Flexibilisierung und Atypisierung von Arbeit entgegenzuwirken.³⁷ Die Aushöhlung von Rechten und wohlfahrtsstaatlicher Sicherung zur Maximierung der Ausnutzung der Ware Arbeitskraft findet ihre Grenzen dort, wo das Prinzip sozialer Gerechtigkeit verletzt wird, Menschen unnötigen Belastungen ausgesetzt und die Möglichkeiten, ein gutes Leben zu führen, systematisch unterminiert werden, wo sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und mit ihnen ihre Angehörigen, immer vollständiger, bis in alle Bereiche ihres Lebens hinein, den Bedingungen des Marktes und der Rendite unterwerfen müssen. „Die Arbeitnehmer spüren ihre objektive und subjektive Verwundbarkeit, ihre Arbeit ist von der Angst um sich selbst und ihre Kinder bestimmt.“³⁸ Auf der anderen Seite aber mindern diese Entwicklungen, paradoxerweise, die Bedingungen und Möglichkeiten solidarischen Handelns gleichermaßen. So beschreiben es Manfred Modaschl und Dieter Sauer als Dialektik von Herrschaft und Autonomie:

Das aufgewertete und „befreite“ Subjekt erbt im Zuge der Dezentralisierung gewissermaßen die Aufgabe der Instrumentalisierung seiner selbst. Mehr als bisher richtet es berufliche Ziele und die lebensweltlichen Bedürfnisse an den „Erfordernissen“ des Betriebs aus – nicht erzwungen sondern freiwillig. [...] Diesen Zustand der „freiwilligen Unterwerfung“ der Arbeitenden unter den „Sachzwang Markt“ kann man mit Rosa Luxemburg als *innere Landnahme* bezeichnen, mit Jürgen Habermas als *Kolonialisierung der Lebenswelt*.³⁹

Auf Seiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zeigt sich dies also in neuen Formen der *Entfremdung*, die die eigene Lage und die Lage anderer als

36 Stefan Poppelreuter, Arbeitssucht: Massenphänomen oder Psychoexotik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B1-2/2004, 8–14, spricht für die Bundesrepublik Deutschland von mindestens 200.000 Fällen. Vgl. Holger Heide (Hg.), Massenphänomen Arbeitssucht. Historische Hintergründe und aktuelle Bedeutung einer neuen Volkskrankheit. Bremen 2002.

37 Luc Boltanski/ Ève Chiapello, Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz 2003, 261ff. sprechen dahingehend von der „Destruktion der Arbeitswelt“, die mit einem Abbau des Arbeitnehmerschutzes, der Sozialstandards und auch wachsender Arbeitsbelastung einhergeht.

38 Gabrielle Balazs/ Michel Pialoux, Krise der Arbeit – Krise der Politik, in: Pierre Bourdieu (Hg.), Lohn der Angst. Flexibilisierung und Kriminalisierung in der „neuen Arbeitsgesellschaft“. Konstanz 2007, 11–13, hier: 11.

39 Modaschl/Sauer, Internalisierung des Marktes, 220.

notwendig, wenn nicht sogar legitim erscheinen lässt.⁴⁰ Der ständige Verweis auf Autonomie und Eigenverantwortung als Schlagworte der Moderne und deren Internalisierung auf Seiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer „individualisiert die Verantwortung für das eigene berufliche Geschick und codiert Versagen als ein persönliches Problem.“⁴¹ Jeder ist für sich selbst verantwortlich und steht in ständiger Konkurrenz mit den Kollegen im eigenen Betrieb, die vielleicht eher die Karriereleiter hinauf klettern könnten, mit den Kollegen, die bereits in ein Subunternehmen ausgelagert wurden, den ehemaligen Kollegen, die im Zuge der letzten Rationalisierung ihren Job verloren haben. Verstärkt wird dieses Problem weiter durch die Krise der Gewerkschaften, die die Möglichkeiten der Organisation von Solidarität untergräbt und den Einzelnen zunehmend auf sich alleine gestellt lässt.

Die Krise der Gewerkschaften

Die Krise der Gewerkschaften ist seit Jahrzehnten beobachtbar und die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Der Organisationsgrad ist in den meisten Industrieländern stark zurückgegangen, worauf viele Gewerkschaften mit Umstrukturierungen und Zusammenschlüssen reagiert haben. In Deutschland ging der Organisationsgrad (Anteil der Gewerkschaftsmitglieder bezogen auf die abhängig Beschäftigten) von 41,7% im Jahr 1950 auf 23,9% im Jahr 2002 zurück.⁴² Ähnlich sieht es in Österreich, Italien oder Frankreich aus, wohingegen in den nördlichen Ländern Schweden, Dänemark oder Finnland die Organisationsgrade steigen. Die Gründe für diese unterschiedlichen Entwicklungen können hier leider nicht behandelt werden, sie verweisen auf unterschiedliche Traditionen und politische Rahmenbedingungen genauso wie auf strukturelle Unterschiede der jeweiligen

40 Dies ist an sich nicht neu, sondern formiert sich heute nur auf neue Weise: „Ich habe soeben darauf verwiesen, daß der Begriff der Entfremdung fraglich zu werden scheint, wenn sich die Individuen mit dem Dasein identifizieren, das ihnen auferlegt wird, und an ihm ihre eigene Entwicklung und Befriedigung haben. Diese Identifikation ist kein Schein sondern Wirklichkeit. Die Wirklichkeit bildet jedoch eine fortgeschrittenere Stufe der Entfremdung aus. Diese ist gänzlich objektiv geworden; das Subjekt, das entfremdet ist, wird seinem entfremdeten Dasein einverleibt. Es gibt nur eine Dimension, und sie ist überall und tritt in allen Formen auf. Die Errungenschaften des Fortschritts spotten ebenso ideologischer Anklage wie Rechtfertigung; vor ihrem Tribunal wird das ‚falsche Bewußtsein‘ ihrer Rationalität zum wahren Bewußtsein.“ Herbert Marcuse, *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaften*. München 1967, 31.

41 Aldo Legnaro/ Almut Birenheide, *Regieren mittels Unsicherheit. Regime von Arbeit in der späten Moderne*. Konstanz 2008, 144.

42 Lothar Funk, *Der neue Strukturwandel: Herausforderung und Chance für die Gewerkschaften*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 47-48/2003, 14–22, hier: 18.

Organisation.⁴³ Mit Christoph Deutschmann⁴⁴ sollen trotzdem drei maßgebliche Gründe genannt werden, die zu einer Schwächung der Gewerkschaften in vielen Ländern beigetragen haben: (1) die Privatisierung staatlicher Betriebe in den letzten Jahrzehnten hat einen Sektor getroffen, der in zahlreichen Ländern eine starke Bastion der Gewerkschaften war. Durch Personalabbau und Umstrukturierungen haben die Gewerkschaften hier viel Einfluss verloren, wenn sie in vielen dieser Unternehmen auch bis heute noch eine privilegierte Stellung einnehmen. (2) Die Tertiarisierung hat zu einem Schrumpfen solcher Sektoren geführt, die traditionell gewerkschaftlich hoch organisiert waren, während die „gering organisierten Angestellten dagegen immer zahlreicher“ werden. (3) Schließlich haben die Gewerkschaften heute auch mit einem ungünstigen ideologischen Klima zu kämpfen, welches „das individuelle Konkurrenz- und Leistungsstreben befördert“.

Mit Blick auf die oben dargelegten Veränderungen der Arbeitswelt, heißt das, dass einer neuen „Herrschaftsform des Sachzwangs, des Marktes, der Konkurrenz, der Kapitalrendite“⁴⁵ immer weniger organisierter Widerstand entgegengestellt wird. Besonders problematisch sind in diesem Zusammenhang die „wilde“ Dezentralisierung und die „Vertrieblichung“ der Tarifpolitik, die immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Einflusskreis der Gewerkschaften herausbefördert.⁴⁶ Wenn Arbeitsbedingungen weitgehend über den Markt reguliert werden, ohne entsprechende „Gegenmacht“, dann führt dies zur Auflösung bereits erreichter Standards und Schutzmechanismen. Dies betrifft so auch die Rolle der Betriebsräte:

Einerseits werden im Zusammenhang mit neuen Arbeitsformen Betriebsräte seit längerem vom Management mit Beteiligungs- und Mitwirkungsangeboten in vielen Fragen betrieblicher Rationalisierungsaktivitäten geradezu überhäuft. Ihre herkömmlichen Verhandlungsfelder erodieren und sie werden vielfach in die Rolle von „Co-Managern“ gedrängt. Andererseits werden sie mit dem ständigen Verweis auf die verschärfte Konkurrenzsituation vom Management zu einem „concession bargaining“ genötigt, wobei ihnen unter dem label „Beschäfti-

43 Vgl. Bernhard Ebbinghaus/ Jelle Visser, *Trade Unions in Western Europe since 1945*. London/New York 2000; Juri Hälker/ Claudius Vellay (Hg.), *Union Renewal – Gewerkschaften in Veränderung*. Texte aus der aktuellen internationalen Gewerkschaftsforschung. Berlin 2007.

44 Christoph Deutschmann, *Postindustrielle Industriesoziologie. Theoretische Grundlagen, Arbeitsverhältnisse und soziale Identitäten*. Weinheim/München 2002, 166f.

45 Modaschl/Sauer, *Internalisierung des Marktes*, 212.

46 Vgl. Peter Jauch/ Werner Schmidt, *Industrielle Beziehungen im Umbruch. Die Regulierung von Lohn, Gehalt und Arbeitszeit in Deutschland und Großbritannien*. München/Mering 2000.

gungssicherung“ weitreichende Zugeständnisse bei bislang gesicherten materiellen Regelungen abverlangt werden.⁴⁷

Als mögliche Folge skizziert Witich Roßmann die „Hegemonie individueller Vertragsverhältnisse“, wodurch „große Bereiche der Gesellschaft ungeschützt die Dynamik sozialer Polarisierung erfahren werden“⁴⁸. Wo die gewerkschaftliche Organisation also nicht mehr oder nur in geringem Ausmaß gegeben ist, wird die Erhaltung und Durchsetzung errungener Rechte und Standards schwieriger, was gesamt-gesellschaftliche Auswirkungen nach sich zieht. Die Ausweitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse zum Beispiel bringt nicht nur die Gefahr der Prekarisierung für die Betroffenen mit sich, sie verschärft auch die Probleme der Systeme sozialer Sicherung, also (der Finanzierung) des Wohlfahrtsstaates.⁴⁹ Damit sollen nun nicht die durchaus vorhandenen Fehler gewerkschaftlicher Politik einfach übergangen werden. Diese tragen sicherlich eine Mitschuld an ihrer Krise. Für die Durchsetzung und Ausweitung der fundamentalen Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind sie aber weiterhin unverzichtbar und erweisen sich damit auch als eine Bedingung für Solidarität. Gerade auch in der Hinsicht, dass sie als Ansprechpartner und Vermittler fungieren, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeiten „einer ganzheitlichen und menschenwürdigen Arbeitsplatzgestaltung, die auf qualifikatorische Aufwertung und Demokratie in der Arbeit setzt“⁵⁰, aufzeigen und sich diese nicht nur als Illusion neuer Managementstrategien erweisen.⁵¹

47 Hartmut Hirsch-Kreinsen, *Industriesoziologie in den 90ern*. Arbeitspapier des Lehrstuhls Technik und Gesellschaft Nr. 6, Universität Dortmund 2000, 8. Vgl. auch das Ergebnis der Befragung von Betriebsräten durch das WSI. Dort werden durchgängig Personalabbau, Änderung von Arbeitsorganisation und Erhöhung des Leistungsdrucks als Hauptprobleme genannt. Claus Schäfer, *Die WSI-Befragung von Betriebs- und Personalräten 1999/2000 im Überblick*, in: WSI-Mitteilungen, Heft 2/2000, 65–74. Sowie: Erhard Titel, *Konfrontation-Kooperation-Solidarität. Betriebsräte in der sozialen und emotionalen Zwickmühle*. Berlin 2006.

48 Witich Roßmann, *Gewerkschaften im marktwirtschaftlichen Auflösungsprozess? Perspektiven der industriellen Beziehungen*, in: Hans-Jürgen Bieling/ Klaus Dörre/ Jochen Steinhilber/ Hans-Jürgen Urban (Hg.), *Flexibler Kapitalismus. Analysen, Kritik und politische Praxis*. Hamburg 2001, 375–397, hier: 390.

49 Vgl. Keller/Seifert, *Atypische Beschäftigung*.

50 André Leisewitz/ Klaus Pickshaus/ Jürgen Resch, *Entgrenzung im flexiblen Kapitalismus. Anforderungen an eine Arbeitspolitik*, in: Hans-Jürgen Bieling/ Klaus Dörre/ Jochen Steinhilber/ Hans-Jürgen Urban (Hg.), *Flexibler Kapitalismus. Analysen, Kritik und politische Praxis*. Hamburg 2001, 293–306, hier: 301.

51 „Selbstverständlich geht es noch immer darum, die Angestellten zur Mitarbeit an der kapitalistischen Profitmaximierung zu bewegen. Während jedoch in der vorangegangenen Periode vor allem unter dem Druck der Arbeiterbewegung versucht worden war, dieses Resultat über kollektive und politische Integration der Arbeitnehmer in die Sozialordnung und durch eine Form des kapitalistischen Geistes zu erreichen, die den wirtschaftlich-technologischen Fortschritt an das Ziel der sozialen Gerechtigkeit geknüpft

Abschließende Überlegungen – Die Ideologisierung der Verhältnisse

Begleitet werden die hier bisher vorgestellten Umbrüche der Arbeitswelt, ihre (Neu-)Organisation in den Betrieben und ihre Auswirkungen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auch auf die Gewerkschaften von einem gesellschaftspolitischen Diskurs, der sie unterstützt und verstärkt. Christoph Butterwegge spricht hier von den „großen Erzählungen“ neoliberaler Politik, die seit Jahren vorgetragen werden:

Während die Globalisierung im Rahmen der „Standortkonkurrenz“ jede Reformmaßnahme legitimiert, die Menschen stärker als bisher Rentabilitätskalkülen und dem Diktat betriebswirtschaftlicher Effizienzsteigerung unterwirft, erzwingt der demographische Wandel scheinbar wie ein Naturgesetz, dass die Bürger/innen in Zukunft kürzer treten, „den Gürtel enger schnallen“ und größerer Opfer bringen.⁵²

Die Folgen der damit einhergehenden Politik, Deregulierung, Abbau sozialer Rechte, der Umbau des welfare zum workfare state, oder wie es neuerdings heißt, zum aktivierenden Sozialstaat, betreffen neben der Arbeitswelt vor allem auch jene, die von ihr ausgeschlossen werden. Diese werden „kriminalisiert“ und als „Sozialschmarotzer“ verunglimpft, die sich aus eigenem Versagen den Leistungsanforderungen der schönen, neuen Arbeitswelt nicht stellen wollen. Die sozialen, psychischen und auch gesundheitlichen Folgen sind aber oft schwerwiegend.

Empirische Untersuchungen belegen, daß insbesondere bei Dauerarbeitslosen psychische Beschwerden wie Ängstlichkeit, Depressivität und fehlendes Selbstvertrauen verstärkt auftreten. Auch psychosomatische Erkrankungen, Drogenkonsum und Suizidversuche sind deutlich häufiger zu beobachten als bei Erwerbstätigen.⁵³

Doch sind es gerade die Arbeitslosen und Armen, besonders davon betroffen sind Migrantinnen und Migranten, die sich gegen ihre Drangsalierung und Stigmatisierung nur schwer wehren können, sie sind meist schlecht oder gar nicht organisiert und so immer öfter auf mildtätige Hilfe angewie-

hatte, wird dazu nunmehr ein Selbstverwirklichungsprojekt entwickelt, in dem der Kult der individuellen Leistung und das Loblied auf die Mobilität mit netzartigen Konzepten des gesellschaftlichen Zusammenhalts verbunden wurden.“ Boltanski/Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, 261.

52 Christoph Butterwegge, Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik, in: ders./ Bettina Lösch/ Ralf Ptak, *Kritik des Neoliberalismus*. Wiesbaden 2007, 135–219, hier: 143.

53 Stephan Schlothfeldt, Ein Recht auf Beteiligung an der Erwerbsarbeit, in: Kersting, Wolfgang (Hg.), *Politische Philosophie des Sozialstaats*. Weilerswist 2000, 372–403, hier: 375. Vgl. auch: Wolfgang Bonß/ Rolf G. Heinze, (Hg.), *Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft*. Frankfurt am Main 1984.

sen, wenn sich nicht gar der Zorn derer, die selbst vom Abstieg bedroht sind, gegen sie richtet.⁵⁴ Auf der anderen Seite dient ihr massenhaftes Vorhandensein auch zur Legitimierung immer weiterer Eingriffe in die Arbeitswelt und ermöglicht und befördert damit ihre Umgestaltung in dem oben beschriebenen Maße.

Erwerbsarbeit um jeden Preis. Um den Preis von Niedriglöhnen etwa, von herabgesetzter Arbeitsplatzsicherheit und mangelhafter sozialer Absicherung, vor allem im Alter. [...] Das Ausgrenzungsproblem wird hier instrumentalisiert, um die sozialen Rechte innerhalb des Erwerbssystems aufzubrechen.⁵⁵

Ob die durchgeführten Maßnahmen dann aber überhaupt die erwünschten Konsequenzen, also die Sicherung des derart reduzierten Wohlfahrtsstaates und die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, zeitigen, ist durchaus umstritten.⁵⁶

Was sich abschließend aus diesem Überblick über die Lage und Veränderungen der modernen Arbeitswelt für die Frage der Solidarität gewinnen lässt, ist meiner Ansicht nach ein Zweifaches: (1) Erstens kann festgehalten werden, dass Lage und Veränderungen der modernen Arbeitswelt vielfach zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen führen, zu einer Aushöhlung des Wohlfahrtsstaates und damit dem Prinzip sozialer Gerechtigkeit widersprechen. Daraus folgt (2), dass hier Solidarität bzw. solidarisches Handeln als moralische Verpflichtung, dem entgegenzuwirken, notwendig ist. Diese Anforderung ergeht als moralische an alle Menschen, besonders jedoch an die verantwortliche Politik und an andere gesellschaftliche Akteure, die die Möglichkeit zu einem solchen Eingreifen besitzen. Dies meint einen dringlichen Handlungsbedarf auf Seiten der Gewerkschaften. Sie, die aus solidarischem Handeln heraus entstanden sind und sich im Laufe ihrer Geschichte auch Einflussmöglichkeiten und Handlungsspielräu-

54 So ist auch ein Zusammenhang zwischen der Leistungsorientierung sowie der Förderung von Konkurrenzdenken und der Ausbildung und Zunahme rechtspopulistischer Orientierung festgestellt worden: „Nach dem globalen Sieg der Marktwirtschaft hat jenes Prinzip, demzufolge der Stärkere sich durchsetzt und das Schwache auf der Strecke bleibt, noch an Plausibilität gewonnen. Der aktuelle Rechtsextremismus und Rechtspopulismus beruhen auf einer Brutalisierung, Ethnisierung und Ästhetisierung alltäglicher Konkurrenzprinzipien.“ Jutta Menschik-Bendele/ Klaus Ottomeyer, *Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Entstehung und Veränderung eines Syndroms*. Opladen 2002, 305.

55 Martin Kronauer, *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*. Frankfurt am Main/New York 2003, 232f.

56 Vgl. etwa „Die Vorstellung, durch Personalabbau, Entgeltreduzierung und Abbau von Schutzrechten der Arbeitnehmer wäre der Arbeitsmarkt in Schwung zu bringen, ist eine Illusion.“ Matthias Knuth, *Von der Lebensstellung zur nachhaltigen Beschäftigungsfähigkeit: Sind wir auf dem Weg zum Hochgeschwindigkeitsarbeitsmarkt?*, in: Gerhard Bosch (Hg.), *Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt*. Frankfurt am Main 1998, 300–331, hier: 325. Kritisch auch: Christoph Butterwegge, *Krise und Zukunft des Sozialstaates*. Wiesbaden 2006.

me in diesen Fragen erkämpft haben, sind hier besonders aufgefordert. Es gilt jedoch auch bei den Betroffenen die Fähigkeit zur Solidarität zu fördern, also gegen die „Dialektik von Autonomie und Kontrolle“ und Selbstausbeutung zu arbeiten und darüber aufzuklären, zu vermitteln, dass diese nicht Ausweg, sondern vielmehr Irrweg ist. Da die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch immer nicht, trotz aller Beschwörungen, dieselben sind wie jene der Unternehmer und Manager, kann auch davon ausgegangen werden, dass sich Solidarität hier wirklich wieder als „Kampf-Solidarität“ erweisen muss.

Literatur

- Arbeitsgruppe SuArO (Hg.), *Ökonomie der Subjektivität – Subjektivität der Ökonomie*. Berlin 2005.
- Balazs, Gabrielle/ Pialoux, Michel, *Krise der Arbeit – Krise der Politik*, in: Bourdieu, Pierre (Hg.), *Lohn der Angst. Flexibilisierung und Kriminalisierung in der neuen Arbeitsgesellschaft*. Konstanz 2007, 11–13.
- Bayertz, Kurt (Hg.), *Solidarität. Begriff und Problem*. Frankfurt am Main 1998.
- Bayertz, Kurt, *Begriff und Problem der Solidarität*, in: ders. (Hg.), *Solidarität. Begriff und Problem*. Frankfurt am Main 1998, 11–53.
- Boltanski, Luc/ Chiapello, Ève, *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz 2003.
- Bonß, Wolfgang/ Heinze, Rolf G. (Hg.), *Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft*. Frankfurt am Main 1984.
- Brunkhorst, Hauke, *Solidarität. Von der Bürgerfreundschaft zur globalen Rechtsgenossenschaft*. Frankfurt am Main 2002.
- Buchberger, Edeltraut/ Suk, Walter (Hg.), *Solidarisch leben. Kleines Soziallexikon*. Linz 1988.
- Butterwege, Christoph/ Lösch, Bettina/ Ptak, Ralf, *Kritik des Neoliberalismus*. Wiesbaden 2007.
- Butterwege, Christoph, *Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik*, in: ders./ Lösch, Bettina/ Ptak, Ralf, *Kritik des Neoliberalismus*. Wiesbaden 2007, 135–219.
- Butterwege, Christoph, *Krise und Zukunft des Sozialstaates*. Wiesbaden 2006.
- Deutschmann, Christoph, *Postindustrielle Industriesoziologie. Theoretische Grundlagen, Arbeitsverhältnisse und soziale Identitäten*. Weinheim/München 2002.
- Ebbinghaus, Bernhard/ Visser, Jelle, *Trade Unions in Western Europe since 1945*. London/New York 2000.
- Eichler, Lutz, *Seelenlose Unternehmer ihrer Selbst? Über die psychische Auswirkung subjektiver Arbeit*, in: Arbeitsgruppe SuArO (Hg.), *Ökonomie der Subjektivität – Subjektivität der Ökonomie*. Berlin 2005, 203–225.
- Funder, Maria, *Paradoxien der Reorganisation*. München/Mering 1999.
- Funk, Lothar, *Der neue Strukturwandel, Herausforderung und Chance für die Gewerkschaften*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 47-48/2003, 14–22.
- Gosepath, Stefan, *Zur Begründung sozialer Menschenrechte*, in: Lohmann, Georg/ ders. (Hg.), *Philosophie der Menschenrechte*. Frankfurt am Main 1998, 146–187.
- Gottschall, Karin/ Voß, G. Günter (Hg.), *Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag*. München/Mering 2005.
- Grebing, Helga, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert*. Berlin 2007.

- Habermas, Jürgen, Gerechtigkeit und Solidarität. Eine Stellungnahme zur Diskussion über „Stufe 6“, in: Edelstein, Wolfgang/ Nunner-Winkler, Gertrud (Hg.), Zur Bestimmung der Moral. Philosophische und sozialwissenschaftliche Beiträge zur Moralforschung. Frankfurt am Main 1986, 291–318.
- Hälker, Juri/ Vellay, Claudius (Hg.), Union Renewal – Gewerkschaften in Veränderung: Texte aus der aktuellen internationalen Gewerkschaftsforschung. Berlin 2007.
- Heide, Holger (Hg.), Massenphänomen Arbeitssucht. Historische Hintergründe und aktuelle Bedeutung einer neuen Volkskrankheit. Bremen 2002.
- Hilpert, Konrad, Solidarität, in: Eicher, Peter (Hg.), Neues Handbuch theologischer Grundbegriffe, Band 4, München 2005, 152–160.
- Hirsch-Kreinsen, Hartmut, Industriosozologie in den 90ern. Arbeitspapier des Lehrstuhls Technik und Gesellschaft Nr. 6, Universität Dortmund 2000.
- Jauch, Peter/ Schmidt, Werner, Industrielle Beziehungen im Umbruch. Die Regulierung von Lohn, Gehalt und Arbeitszeit in Deutschland und Großbritannien. München/Mering 2000.
- Kambartel, Friedrich, Unterscheidungen und normative Bemerkungen zum Grundrecht auf Arbeit, in: Holzhüter, Hermann u.a. (Hg.), Arbeit und Arbeitslosigkeit. Die gesellschaftliche Herausforderung unserer Zeit. Bremen 1997, 223–226.
- Keller, Berndt/ Seifert, Hartmut (Hg.), Atypische Beschäftigung – Flexibilisierung und soziale Risiken. Berlin 2007.
- Kersting, Wolfgang, Einleitung. Probleme der politischen Philosophie des Sozialstaates, in: ders. (Hg.), Politische Philosophie des Sozialstaates. Weilerswist 2000, 17–94.
- Koller, Peter, Soziale Gerechtigkeit, Wirtschaftsordnung und Sozialstaat, in: Kersting, Wolfgang (Hg.), Politische Philosophie des Sozialstaates. Weilerswist 2000, 120–158.
- Kößler, Reinhart/ Wienold, Hannes, Gesellschaft bei Marx. Münster 2001.
- Knuth, Matthias, Von der Lebensstellung zur nachhaltigen Beschäftigungsfähigkeit: Sind wir auf dem Weg zum Hochgeschwindigkeitsarbeitsmarkt?, in: Bosch, Gerhard (Hg.), Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt am Main 1998, 300–331.
- Kratzer, Nick, Arbeitskraft in Entgrenzung. Grenzenlose Anforderungen, erweiterte Spielräume, begrenzte Ressourcen. Berlin 2003.
- Kronauer, Martin, Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt am Main/New York 2003.
- Kuhn, Axel, Die deutsche Arbeiterbewegung. Stuttgart 2007.
- Legnaro, Aldo/ Birenheide, Almut, Regieren mittels Unsicherheit. Regime von Arbeit in der späten Moderne. Konstanz 2008.
- Leisewitz, André/ Pickshaus, Klaus/ Resch, Jürgen, Entgrenzung im flexiblen Kapitalismus. Anforderungen an eine Arbeitspolitik, in: Bieling, Hans-Jürgen/ Dörre, Klaus/ Steinhilber, Jochen/ Urban, Hans-Jürgen (Hg.), Flexibler Kapitalismus. Analysen, Kritik und politische Praxis. Hamburg 2001, 293–306.
- Lukács, Georg, Die Rolle der Moral in der kommunistischen Produktion, in: ders., Werke, Band 2 Frühschriften II: Geschichte und Klassenbewusstsein. Neuwied/Berlin 1968, 90–94.
- Marcuse, Herbert, Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaften. München 1967.
- Marx, Karl, Rede auf dem Haager Kongress der Internationalen, in: ders./ Engels, Friedrich, Werke, Band 18. Berlin 1958ff.
- Marx, Karl/ Engels, Friedrich, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: dies., Werke, Band 7, Berlin 1958ff.
- Menschik-Bendele, Jutta/ Ottomeyer, Klaus, Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Entstehung und Veränderung eines Syndroms. Opladen 2002.
- Metz, Karl H., Solidarität und Geschichte. Institutionen und sozialer Begriff der Solidarität in Westeuropa im 19. Jahrhundert, in: Bayertz, Kurt (Hg.), Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt am Main 1998, 172–194.

- Minssen, Heiner (Hg.), *Begrenzte Entgrenzungen. Wandlungen von Organisation und Arbeit*, Berlin 2000.
- Moldaschl, Manfred, *Internalisierung des Marktes. Neue Unternehmensstrategien und qualifizierte Angestellte*, in: ISF; INIFES/ IFS/ SOFI (Hg.), *Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung 1997. Schwerpunkt: Moderne Dienstleistungswelten*, 1998, 197–250.
- Moldaschl, Manfred/ Sauer, Dieter, *Internalisierung des Marktes – Zur neuen Dialektik von Kooperation und Herrschaft*, in: Minssen, Heiner (Hg.), *Begrenzte Entgrenzungen. Wandlungen von Organisation und Arbeit*. Berlin 2000, 205–224.
- Mückenberger, Ulrich, *Normalarbeitsverhältnis: Lohnarbeit als normativer Horizont sozialer Sicherheit*, in: Sachße, Christoph/ Engelhardt, H. Tristram (Hg.), *Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates*. Frankfurt am Main 1990, 158–178.
- Poppelreuter, Stefan, *Arbeitssucht: Massenphänomen oder Psychoexotik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B1-2/2004, 8–14.
- Rorty, Richard, *Kontingenz, Ironie und Solidarität*. Frankfurt am Main 1991.
- Rosenberger, Sieglinde/ Tólos, Emmerich (Hg.), *Sozialstaat. Probleme, Herausforderungen, Perspektiven*. Wien 2003.
- Roßmann, Witich, *Gewerkschaften im marktwirtschaftlichen Auflösungsprozess? Perspektiven der industriellen Beziehungen*, in: Bieling, Hans-Jürgen/ Dörre, Klaus/ Steinhilber, Jochen/ Urban, Hans-Jürgen (Hg.), *Flexibler Kapitalismus. Analysen, Kritik und politische Praxis*. Hamburg 2001, 375–397.
- Sauer, Dieter/ Döhl, Volker, *Kontrolle durch Autonomie. Zum Formwandel von Herrschaft bei unternehmensübergreifender Rationalisierung*, in: Sydow, Jörg/ Windeler, Arnold (Hg.), *Management interorganisationeller Beziehungen*. Opladen 1994, 258–274.
- Schäfer, Claus, *Die WSI-Befragung von Betriebs- und Personalräten 1999/2000 im Überblick*, in: *WSI-Mitteilungen*, Heft 2/2000, 65–74.
- Schlothfeldt, Stephan, *Ein Recht auf Beteiligung an der Erwerbsarbeit*, in: Kersting, Wolfgang (Hg.), *Politische Philosophie des Sozialstaats*. Weilerswist 2000, 372–403.
- Schmelter, Jürgen, *Solidarität. Die Entwicklungsgeschichte eines sozialetischen Schlüsselbegriffs*. Dissertation. München 1991.
- Schmid, Josef, *Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme*. Wiesbaden 2006.
- Schweiger, Gottfried, *Mehr arbeiten, mehr lernen, mehr besitzen, um mehr zu gelten. Leben in der Arbeitsgesellschaft*, in: ders./ Sedmak, Clemens (Hg.), *Auf dem Weg zu größerer Menschlichkeit. Zum 40. Jahrestag von Populorum Progressio*. Innsbruck 2008, 157–180.
- Schweiger, Gottfried/ Sedmak, Clemens (Hg.), *Auf dem Weg zu größerer Menschlichkeit. Zum 40. Jahrestag von Populorum Progressio*. Innsbruck 2008.
- Schweiger, Gottfried, *Arbeit im Strukturwandel*, in: Böhler, Thomas/ Neumaier, Otto/ Ders./ Sedmak, Clemens, *Menschenwürdiges Arbeiten; eine Herausforderung für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft*. Wiesbaden 2009, 39–72.
- Shue, Henry, *Basic Rights*. Princeton 1980.
- Sydlik, Manfred (Hg.), *Flexibilisierung. Folgen für Arbeit und Familie*. Wiesbaden 2008.
- Tenfelde, Klaus, *Arbeitschaft, Solidarität und Arbeiterbewegung. Kommentar zum Beitrag von Karl H. Metz*, in: Bayertz, Kurt (Hg.), *Solidarität. Begriff und Problem*. Frankfurt am Main 1998, 195–201.
- Titel, Erhard, *Konfrontation – Kooperation – Solidarität. Betriebsräte in der sozialen und emotionalen Zwickmühle*. Berlin 2006.
- Tugendhat, Ernst, *Vorlesungen über Ethik*. Frankfurt am Main 1993.
- Wildt, Andreas, *Solidarität – Begriffsgeschichte und Definition heute*, in: Bayertz, Kurt (Hg.), *Solidarität. Begriff und Problem*. Frankfurt am Main 1998, 202–216.
- Zimmermann, Gunter E., *Solidarität*, in: Schäfers, Bernhard (Hg.), *Grundbegriffe der Soziologie*. Opladen 2003, 305–308.
- Zoll, Rainer, *Was ist Solidarität heute?* Frankfurt am Main 2000.

- Zulehner, Paul M./ Denz, Hermann/ Pelinka, Anton/ Tálos, Emmerich (Hg.), Solidarität. Option für die Modernisierungsverlierer. Innsbruck 1996.
- Zürcher, Markus Daniel, Solidarität, Anerkennung und Gemeinschaft. Zur Phänomenologie, Theorie und Kritik der Solidarität. Tübingen 1998.